

Stv. Heyer, CDU-Fraktion

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Der uns vom Kämmerer Oberbürgermeister Wagner vorgelegte Haushaltsplanentwurf sieht auf den ersten Blick verheerend aus! Er weist ein Defizit von rd. 8,91 Mio EUR aus. Damit steigt der Schuldenstand der Stadt Wetzlar auf ein neues Rekordniveau. Ende 2015 hatte die Stadt Wetzlar einen Schuldenstand von 133,8 Mio EUR. Seit der Regierungsübernahme durch SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Freie Wähler im Jahr 2011 sind die Schulden ungebremst in die Höhe geschneilt. In 2011 waren es noch 105,58 Mio EUR und nun landen wir bei 133,80 Mio EUR. Ein Schuldenzuwachs von über 28 Mio EUR in nur fünf Jahren!

Eine weitere Erhöhung der Grundsteuer B für das Haushaltsjahr 2016 wurde dem Stadtparlament in seiner Dezembersitzung vom Kämmerer vorgelegt. Der Steuersatz sieht eine Erhöhung von 460 auf 490 Prozentpunkte vor. Die Mehrbelastung trifft viele Bürgerinnen und Bürger, da Vermieter und Wohnungsgesellschaften diese Erhöhung an ihre Mieter weitergeben. Das Land Hessen hat verfügt, dass defizitäre Gemeinden mindestens den Durchschnitt des Hebesatzes vergleichbarer Gemeinden erheben müssen. Da die Stadt für den Haushaltsausgleich 2016 abermals neue Schulden machen muss, ist die Grundsteuererhöhung unumgänglich.

Dabei hat OB Wagner im Saldo aus den großen Einnahme und Ausgabeblöcken Gewerbesteuer, Einkommenssteuer, Schlüsselzuweisungen und Kreis- und Schulumlage 1 Millionen Euro mehr zur Verfügung als noch 2011 bei der Regierungsübernahme! Trotzdem müssen 2016 fast 7 % der Einnahmen durch neue Schulden abgedeckt werden. Das oft gescholtene Griechenland hatte 2014 lediglich 3,5 % Nettoneuverschuldung. Die Gesamtschulden sehen im Vergleich nicht viel besser aus. Der Haushaltsausgleich muss über Kassenkredite finanziert werden. Der Kassenkredit ist vergleichbar mit einer Kontoüberziehung im privaten Bereich, nur zu wesentlich besseren Zinsen. Alleine diese kurzfristigen Kredite betragen mittlerweile über 50% des geplanten Gesamtetats von 130 Millionen Euro! Hinzu kommen die Schulden aus Investitionstätigkeiten mit 133 Millionen Euro und die Schulden der ausgelagerten Eigenbetriebe. Zusammen betragen die städtischen Schulden also über 200 Millionen Euro. Gemessen am Gesamtetat ist das eine Schuldenquote von über 150%. Griechenland lässt grüßen.

Sie haben nicht nur ein Einnahme-, sondern ein massives Ausgabenproblem. Seit 2011 betreiben Sie nun den Kassensturz. Ergebnis: Die oben genannten 28 Millionen Euro neue langfristige Schulden, massive Aufblähung der Kassenkredite und riesige Nettoneuverschuldung im Jahr 2016. Sie, Herr Oberbürgermeister, beschwerten sich, das Land Hessen lege quasi die Grundsteuer fest und die Gestaltungsfreiheit

von defizitären Kommunen werde massiv eingeschränkt. So oder so ähnliche Stimmen kennen wir aus den Medien bezüglich der Schuldenkrise in Griechenland.

Wäre es nicht gescheiter, sich an die eigene Nase zu fassen und die Ausgabenseite in den Griff zu bekommen? Die Koalition aus SPD, Grünen und FW schlafwandelt weiter in die Schuldenkrise, während es Wetzlars Einwohnerinnen und Einwohner über weitere Steuer und Gebührenerhöhungen in der Zukunft ausbaden müssen.

Gebührenerhöhungen wird es zwangsläufig auch bei dem Wasserbezug geben. Hier schweigt sich die Stadtregierung aus, und nur wer Böses dabei denkt, könnte vermuten, dass man diese Erhöhung erst nach der Kommunalwahl durchsetzen will. Hier versteckt sich der Grüne Stadtrat hinter einer extern vergebenen Studie zur Überprüfung der Wasserpreise. Seit Jahren entstehen bei dem Eigenbetrieb Wasserversorgung Verluste. Das Zahlenwerk weist für 2016 ein Minus von 100.000 EUR auf, das die Stadt mit Steuergeldern ausgleichen muss. Hierzu äußerte der Oberbürgermeister in der Dezembersitzung, dass „Genauigkeit statt Schnelligkeit“ obere Priorität habe, das sei man dem Gebührenzahler schuldig.“

Jetzt fragen wir uns von der CDU-Fraktion, wissentlich, dass Gebührenhaushalte kostendeckend zu gestalten sind, warum hier so lange geprüft wird. Für uns steht klar fest, dass man erst nach der Kommunalwahl die Katze aus dem Sack lässt. Diese Verzögerungstaktik wurde auch beim Freibad praktiziert. Hier drückt sich die Regierungskoalition vor Entscheidungen. Lieber gab man ein teures Bürgerbeteiligungsverfahren in Auftrag, obwohl die Bürgerinitiative schon 13.000 Unterschriften zum Erhalt des Bades an diesem Standort vorgelegt hatte und somit die Willensbekundung aus der Bürgerschaft vorlag. Vielleicht erhoffte man sich bei dem angestregten Verfahren ein anderes Ergebnis. Es kam anders, auch der zweite Anlauf sprach sich eindeutig für den Erhalt des Bades am jetzigen Standort aus. In dem uns vorgelegten Haushaltsplanentwurf spielt das Freibad für den Kämmerer und Sportdezernenten keine Rolle. Ganz im Gegenteil, auch im mittelfristigen Investitionsplan bis 2020 ist kein einziger Euro für die Sanierung vorgesehen. Sie wurden erst wach, als CDU und FDP in Ihren Haushaltsanträgen wenigstens Planungskosten für das Bad eingestellt haben wollten. Diesen Anträgen haben Sie offensichtlich als „Getriebene“ einstimmig zugestimmt. Das lässt hoffen, dass durch die Initiative von CDU und FDP den Bürgerinnen und Bürgern ein Zeichen zum Erhalt des Freibades aufgezeigt wird.

Bürgerbeteiligung haben Sie sich bei Ihrer Regierungsübernahme 2011 auf die Fahne geschrieben und auch, das muss man Ihnen lassen, zugegebenermaßen auch praktiziert. Wir von der CDU fragen uns allerdings, wo Ihre Bürgerbeteiligung bei der Errichtung von Windkraftanlagen in Blasbach war. Hier wurden die Sorgen der Bürger ignoriert. Auch die Transparenz suchte man vergeblich. Stattdessen setzte die Koalition unter Stadtrat Kortlücke alle Hebel in Bewegung, damit möglichst wenige Fakten an die Öffentlichkeit gelangten. Gott sei Dank findet diese „Grüne Ideologienpolitik“ in dem uns vorgelegten Haushaltsentwurf keine Beachtung. Auch für die „Urbane Stadt“ sucht man im Haushalt vergebens um eingestellte Mittel.

Zugegebenermaßen, gut! Aber hier wird auch deutlich, welchen Stellenwert der Kämmerer bei der Aufstellung des Zahlenwerkes diesen grünen „Prestigeobjekten“ einräumt.

Stadtrat Semler ist angetreten und hat für sich reklamiert, dass er für keine Baukostenüberschreitungen stehe. Eine glatte Bauchlandung im Bereich des umstrittenen Ausbaus des Leitz-Platzes. Zunächst eine geschickte Aussage, die ihn aber bald einholte. In anderen Projekten sei nach seiner Aussage so viel eingespart worden, dass diese Überschüsse die fehlenden Mittel für den Ausbau des Leitz-Platzes gegenfinanzieren könnten. Hier liegt die Vermutung nahe, dass man bei den Baukosten reichlich hohe Beträge angesetzt hat, um hinterher zu sparen. Deshalb haben wir von der CDU-Fraktion einen dementsprechenden Antrag zur Reduzierung gestellt.

Im Haushalt findet man erneut Mittel zur Beschäftigung externer Mitarbeiter zur Überwachung des ruhenden Verkehrs. Wir empfinden das, wie viele Bürger, schon fast als „Wegelagerei“ und sprechen uns dagegen aus. Man gewinnt den Eindruck, dass sich die Stadt auf Kosten der Parksünder sanieren will.

Das Signal, Geld für externe Berater zur Erstellung der „Kulturleitlinien“ ausgeben zu wollen, ist ein falsches. Nach dem gescheiterten Versuch eines Kulturentwicklungsplanes haben Sie als Rathauskoalition nunmehr „Leitlinien“ für die Wetzlarer Kultur beschlossen. Im Kern geht es dabei um die verwaltungsmäßige Erfassung der bisher Freien Kultur, die dann von „Leitlinien“ begrenzt bzw. eingegrenzt werden soll. Hierfür wollen wir keine Steuergelder sinnlos ausgeben.

Erfreulich im Haushalt unterdessen sind die sogenannten Freiwilligen Leistungen. Erfreulicherweise haben Sie diese trotz des Defizits unangetastet gelassen. Somit fördern Sie, wie auch Ihre Vorgänger, Vereine, Verbände und Kirchen auf hohem Niveau!

Die Tarifsteigerungen im Sozial- und Erziehungsdienst belasten diesen uns vorgelegten Haushalt um 1,12 Mio EUR. Neueinstellungen wurden nicht vorgenommen. Auffällig hingegen ist ein weiterer Sprung an Personalaufwendungen im Umweltamt in 2015 von 109.000 EUR auf 161.000 EUR. Hinzu kommt die Umweltmanagerin von 57.000 EUR, die beim Eigenbetrieb Stadtreinigung angesiedelt ist. Ferner wurden Zeitarbeitsverträge für dieses Amt geschlossen und Abordnungen von Amt 68 vorgenommen. Die „Aufblähung“ des vom Grünen Stadtrat Kortlüke zu verantwortenden Umweltamtes ist auffällig, schlägt sich aber durch die geschickte Umschichtung im Stellenplan nicht nieder.

Mein Fazit:

- Schuldenstand auf Rekordniveau
- Falsche Akzente bei den Investitionen
- Kein Bekenntnis zum Erhalt des Freibades
- Keine Klarheit zur Wassergebühr
- Keine Abkehr von Windkraftanlagen im „Schwachwindgebiet“ Blasbach

- „Aufgeblähtes“ Umweltamt mit zunehmendem Einfluss
- Wasserkraft aus Österreich und Vieles mehr

veranlassen meine Fraktion, dem Haushalt, dem Investitionsprogramm und der Finanzplanung nicht zuzustimmen.

Unser Dank gilt dem Kämmerer und der Kämmerei für das uns vorgelegte und gut ausgeführte Zahlenwerk. Das haben die wenigen Rückfragen im Finanz- und Wirtschaftsausschuss belegt.